



THOMAS EISENHUTH VIA WWW.IAGG-IMAGES

Die regionalen Angebote, um das Wohl von Kindern sicherstellen zu können, sind stark unterschiedlich.

Schutz für Kinder

Gefährdungsmeldungen, die bei der Kinder- und Jugendhilfe eingehen, sind zuletzt stark angestiegen. Eine Salzburger Studie beleuchtet die Hintergründe.

Raimund Lang

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Aufgabe jeder aufgeklärten Gesellschaft. Ein zentrales behördliches Instrument in Österreich ist dabei die sogenannte Gefährdungsabklärung. Das ist ein standardisiertes Verfahren, mit dem die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) prüft, ob eine konkrete Kindeswohlgefährdung vorliegt. Ist das der Fall, können die Konsequenzen von sozialpädagogischer Unterstützung über therapeutische Angebote bis hin – als allerletzte Maßnahme – zur Krisenunterbringung des Kindes reichen. Dem behördlichen Tätigwerden muss stets eine konkrete Meldung vorausgehen, die beispielsweise durch Schulen, außerschulische Betreuungseinrichtungen, psychosoziale Stellen, Ärzte, aber auch durch Privatpersonen erfolgen kann.

Die Anzahl der Gefährdungsmeldungen nimmt österreichweit seit einigen Jahren zu. Daten der Statistik Austria zeigen einen Anstieg um fast 25 Prozent von 42.543 im Jahr 2021 auf 53.162 im zuletzt publizierten Jahr 2024. Aus diesen Zahlen allein lässt sich aller-

dings nicht ablesen, ob die Gefährdungslage tatsächlich zugenommen hat oder ob lediglich die Sensibilität seitens der Meldenden gestiegen ist. Eine Studie aus Salzburg (PDF) liefert nun Hinweise darauf, dass zumindest dort beides zutrifft.

Anstieg in Salzburg

Die Studie wurde vom Referat 3/02 - Kinder- und Jugendhilfe der Salzburger Landesregierung beim Internationalen Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen (ifz) in Auftrag gegeben. Hintergrund war die Beobachtung, dass im Bundesland Salzburg zwischen 2019 und 2023 ein Plus von 77 Prozent bei den Gefährdungsabklärungen verzeichnet wurde. In ihrer Studie werteten die Wissenschaftler des ifz nicht nur statistische Daten des Sozialen Informationssystems (SIS) des Landes Salzburg aus, das detaillierte Informationen zu den dokumentierten Gefährdungsabklärungen enthält.

Sie führten darüber hinaus auch qualitative Leitfadeninterviews mit betroffenen Eltern, Jugendlichen und Experten durch. Außerdem flossen die Ergebnisse von Online-

Befragungen von meldenden Einrichtungen wie Schulen, Kinderarztpraxen, sozialpädagogische Einrichtungen oder Polizeistellen ein.

„Wir haben im Zeitraum von 2019 bis 2023 im Bundesland Salzburg einige sehr interessante Entwicklungen gefunden“, sagt Studienautorin Birgit Bahtić-Kunrath vom ifz. So gingen über den gesamten Betrachtungszeitraum gerechnet 44,7 Prozent der Abklärungen positiv aus, die Behörde kam also zum Schluss, dass eine Gefährdung vorliegt.

Dieses Verhältnis blieb allerdings während der fünf Jahre nicht stabil. „Ab 2021 kippt es plötzlich und ab da gab es deutlich mehr positive Gefährdungsabklärungen, nämlich rund 51 Prozent“, meint Bahtić-Kunrath. Außerdem fiel auf, dass dieser Trendumschwung fast ausschließlich auf die Fallzahlen in der Stadt Salzburg zurückzuführen ist.

So stieg dort im Beobachtungszeitraum der Anteil bestätigter Gefährdungen von 35 auf 66 Prozent, der Anteil negativer Abklärungen sank von 65 auf 34 Prozent. Da in der Mozartstadt ab 2021 vor allem Meldungen zu körperlicher und seelischer Gewalt stark nach oben gingen (während sexueller Missbrauch, Ver-

nachlässigung und andere Gefährdungsgründe vergleichsweise konstant blieben), vermuten die Forschenden einen direkten Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. „Wir gehen sehr stark davon aus, dass die beengten urbanen Verhältnisse während der Pandemie wesentlich zu dem Anstieg beigetragen haben“, meint Bahtić-Kunrath.

Ein weiterer Befund der Studie betrifft die Dauer der Gefährdungsabklärungen. Während der bundeslandweite Durchschnitt 42,1 Tage beträgt, zeigen sich regional große Unterschiede. So dauert eine Abklärung in der Stadt Salzburg durchschnittlich 20,6 Tage, im Bezirk Zell am See dagegen 75 Tage.

Große regionale Unterschiede

Die Studienautoren führen das vor allem auf strukturelle Gegebenheiten zurück: „Das hat natürlich mit den Ressourcen und der personellen Ausstattung zu tun“, so Bahtić-Kunrath. „Im Zentralraum gibt es ganz andere Angebote, und in Innergebirg ist es oft sehr schwierig, Familien in Folgemaßnahmen weiterzuleiten, weil die Angebotslandschaft dort leider nicht so gut ausgebaut ist. Daraus ergibt sich dann die lange Dauer der Gefährdungsabklärungen.“

Deutlichen Handlungsbedarf sieht die Studie auch im Bildungsbereich. Schulen schnitten bei der Selbsteinschätzung ihrer Handlungssicherheit deutlich schlechter ab als andere meldende Einrichtungen. Viele Pädagogen fühlten sich im Umgang mit möglichen Kindeswohlgefährdungen nicht ausreichend vorbereitet. Sie wünschten sich mehr Schulungen, Leitfäden und feste Ansprechpersonen.

Wichtig sei auch, wie Sozialarbeiter den betroffenen Familien im Rahmen einer Gefährdungsabklärung begegnen: „Es ist für die Familien oft ein extrem schambesetztes Thema“, sagt Bahtić-Kunrath. „Man kooperiert nur dann mit der Behörde, wenn man das Gefühl hat, dass sie einem auf Augenhöhe begegnet, dass man nicht mit Vorwürfen überhäuft wird. Es ist ganz zentral, dass die Behörde nicht sanktionierend, sondern helfend auftritt.“

Als wichtigste Konsequenz ihrer Untersuchungen empfehlen die Autoren einen stärkeren Ausbau präventiver Angebote. Familien müssten früher erreicht und unterstützt werden, beispielsweise durch mehrsprachige Bildungsangebote im Rahmen der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen. Zudem brauche die Kinder- und Jugendhilfe mehr Personal, um neben akuten Fällen auch präventive Arbeit leisten zu können.